Nummer 29 — Halle, Donnerstag, den 4. Februar 1926. — 61. Jahrgang
Einzelpreis: 10 Pfennige.

Saale-Zeitung

Hallesche Neueste Nachrichten ◆ Handelsblatt für Mitteldeutschland

Die „Saale-Zeitung" erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Bezugspreis durch Boten beträgt 2.00 Reichsmark, durch Zeitungsverträger ohne Bringerlohn 1.80 Reichsmark, durch die Post 2.10 Reichsmark u. 30 Pfennige Zustellgebühr. Anzeigen-Annahme: Jeden Tag vormittags. Die Anzeigen werden nach Goldmark-Zeilen berechnet; die Zeile 0.35 Reichsmark für Anzeigen, die im gleichen Umfang in der „Allgemeinen Zeitung" erscheinen, besondere Berechnung. Vorausgehende Neue Dessauer 1a u. Gr. Brauhausstraße 17. Fernsprecher: Sammel-Nummer 7431. Drahtanschrift: „Saalezeitung Hallesaale" Bank-Rechnung: Bankhaus Reinhold Stadtmüller, Halle. Postscheck-Konto: Leipzig Nr. 22815. Erfüllungsort u. Gerichtsstand: Halle

Neues in Kürze.

Drahtmeldungen und Radiotelegramme.

Der Reichspräsident hat in Aussicht genommen, den soeben befreiten Teile des Rheinlandes am 22. und 23. März einen Besuch abzustatten. Der Reichspräsident beabsichtigt bei dieser Gelegenheit die Städte Köln, Bonn und Krefeld zu besuchen.

*

Das Hoch- und Landesverratsverfahren gegen den Hochmeister des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, und den Bundeskanzler Bornemann ist, wie die „Kreuzzeitung" mitteilt, eingestellt worden.

*

Die Frankreich-Politik des Ordenshochmeister Mahraun hat in Niederhessen dem Ausgangspunkt der Bewegung zur Spaltung des Jungdeutschen Ordens geführt. Die 31 aus dem Orden ausgetretenen Bruderschaften hab'n sich in Kassel zu einem „Jungdeutschen Treubund" zusammengeschlossen.

*

Der Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht hat in seiner gestrigen Sitzung den Beginn der allgemeinen Unterschriftensammlung für das Gemeindebestimmungsrecht auf Sonntag, den 14. März, festgesetzt.

*

Der Arbeitgeberverband für den Bezirk der nordwestlichen Gruppe der Eisen- und Stahlindustrie hat das durch den Schiedsspruch vom 28. Oktober 1925 festgesetzte Lohnabkommen zum 28. Februar 1926 gekündigt und eine Herabsetzung der Löhne gefordert.

*

Die Handelsvertragsverhandlungen mit Japan stehen unmittelbar vor einem Abschluß. Die Verhandlungen mit Polen sind nicht weitergekommen, als sie schon vor 9 Monaten standen. Das Spiel der Vorschläge und Gegenvorschläge soll am 20. Februar neu beginnen.

*

Der Abzug der Franzosen aus dem französischen Teil der ersten Zone ist nicht ohne Mißton verlaufen. Aus Bonn haben die Franzosen 8, aus Siegburg 6 Deutsche zur Abwicklung „Mann mitgenommen." Ihre „Verbrechen" sind die üblichen: „Gefährdung der Sicherheit der Besatzungsarmee".

*

Der „Züricher Tages-Anzeiger" meldet aus Mailand: Das Verbot der faschistischen Parteileitung hat neue Ausschreitungen gegen die Deutschen verhindert. Aber die deutschen Zeitungen sind aus Mailand und Oberitalien verschwunden. Kein Hotel legt sie mehr aus und auf keinem Zeitungsstand sind sie mehr zu haben.

*

Der Deutsche Bühnenvolksbund hatte im vorigen Jahr den Plan gefaßt, für seine Mitglieder eine gemeinsame Reise nach den berühmten Kulturdenkmälern Italiens zu veranstalten. Nachdem in den letzten Wochen das Vorgehen der Faschisten gegen die Deutschen in Südtirol derartig scharfe Formen angenommen hat, ist die Italienreise abgesagt worden.

*

In London wurden gestern die Parlamentstagungen mit den üblichen mittelalterlichen Formalitäten und der Verlesung der Thronrede eröffnet, die u. a. die Ankündigung brachte, daß künftig alle ausländischen Worten besondere Zeichen bekommen sollen, um sie von inländischen und solchen aus dem englischen Kolonialreich zu unterscheiden. Also das einstige „made in Germany" in neuer und verwitzter Ausgabe und eine Art Regierungsboykott gegen fremde Einfuhr.

*

Im Unterhause erklärte der englische Premierminister Baldwin bezüglich der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag: Großbritannien werde dieses Abkommen erst dann ratifizieren, wenn Gewähr dafür gegeben ist, daß alle Länder den Text des Abkommens in der gleichen Form auslegen. — Warum hat die deutsche Regierung die gleiche Vorsicht übereinstimmender Auslegung nicht bei den viel wichtigeren Locarnoverträgen geübt? Wann werden wir endlich von den Engländern Politik lernen?

*

Die Londoner „Evening Times" melden aus Athen: Die griechische Regierung hat eine Deputation der Handelskammern empfangen. Der Ministerpräsident teilte mit, daß Griechenlands Wiederaufbau die Freigabe der Dardanellendurchfahrt zur Vorbedingung habe, von der Kriegsschiffe nicht ausgeschlossen sein dürften. — Das bedeutet Kampfansage an die Türkei. Jammervoll, wie dieses griechische Volk an England verkauft wird, um dessen Kriege zu führen. Hoffentlich passiert uns in Genf nicht das gleiche.

*

Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Angora: Die Kurdenstämme stehen wieder im Aufstand gegen die Regierung von Angora. 18 Scheichs predigen den Krieg gegen die Abtrünnigen des alten Glaubens. Die türkische Regierung hat 15 000 Mann Truppen mobilisiert. — Auch diese Kurdenaufstände sind natürlich von England angezettelt. Das ist altbewährte englische Kriegsführung den Feind mit fremden eigenen Leuten zu schlagen; vgl. „Deutsche Marinemeuterei".

*

Die bayerische Regierung gegen das Dawesgutachten.

Im Verfassungsausschuß des Bayerischen Landtages kam gestern ein Antrag der deutschnationalen Fraktion zur Beratung, der die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung einleitende Schritte zur Ueberprüfung des Dawesgutachtens zu unternehmen.

Der Vertreter des Staatsministeriums des Aeußern, Staatsrat Dr. Schmelzle, erklärte, die bayerische Staatsregierung sei schon immer der Auffassung gewesen, daß die Forderungen des Dawes-Gutachtens nicht erfüllt werden können. Mit dem Ansteigen der Jahresleistungen des Dawesplanes werde sich die Unmöglichkeit der Erfüllung von Jahr zu Jahr auch für die Gegner immer offensichtlicher erweisen. Sie werden erkennen müssen, daß die Unerfüllbarkeit nicht Deutschlands Schuld, sondern ihre eigene sei, da sie bei der Berechnung der deutschen Leistungsfähigkeit von irrtümlichen Voraussetzungen ausgegangen seien.

Die einleitenden Schritte zur Ueberprüfung des Gutachtens könnten am besten dadurch getan werden, daß die Reichsregierung im Rahmen der Aufgaben, die dem Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Bedingungen der Produktion und des Absatzes der deutschen Volkswirtschaft zugedacht seien und der demnächst eingesetzt werden soll, Stellung nimmt.

Der Antrag wurde schließlich bei Stimmenenthaltung der Sozialdemokraten angenommen.

Wenn der zweitgrößte deutsche Staat einen solchen Beschluß faßt, so ist die außenpolitische Bedeutung offensichtlich. In innerpolitischen Hinsicht ist einmal hervorzuheben, daß dadurch der Gegensatz des nationalen Bayerns gegen das linksregierte Preußen und gegen die linksparteiliche Außenpolitik der bisherigen Reichsregierungen besondere Schärfen annehmen könnte.

Weiter ist sehr bedeutsam die Haltung der bayerischen Sozialdemokraten: Sie wagen es nicht, gegen den Antrag zu stimmen, obgleich er der ganzen bisherigen Außenpolitik der Sozialdemokratie widerspricht, die doch den entscheidenden Druck auf die Annahme des Dawesplanes ausgeübt hat. In der Stimmenenthaltung liegt das stillschweigende Eingeständnis, daß die in erster Linie von der Sozialdemokratie unserem Volke aufgedrängten Dawes-Lasten zum Mindesten eine der Hauptursachen unserer jetzigen Not sind. Es ist die Stimmenenthaltung des Schuldbewußtseins.

Falls der Bayerische Landtag den jetzt angenommenen Antrag weiterverfolgt, kann er eine ganz neue Periode der deutschen Außen- und Innenpolitik einleiten, gegen die allerdings die Vertreter der bisherigen Politik vielleicht alle erdenklichen Schwierigkeiten machen werden — bis die steigende Not des Volkes den damaligen Reinsagern endgültig recht gibt und alle Widerstände beseitigt. Hoffen wir, daß diese Widerstände nicht erst durch eine bolschewistische Revolution, sondern rechtzeitig gebrochen werden durch einen Sieg des gesunden Nationalismus unseres Volkes.

Der Kompromißentwurf zur Fürstenvermögensfrage.

Der Kompromißantrag der Regierungsparteien zur Fürstenabfindung liegt nunmehr im Wortlaut vor. Danach soll für vermögensrechtliche Auseinandersetzung zwischen deutschen Ländern und Mitgliedern der vormals regierenden Fürstenhäuser ein Reichssondergericht in Leipzig unter Vorsitz des Reichsgerichtspräsidenten gebildet werden, das aus 9 Mitgliedern besteht. Der Stellvertreter des Vorsitzenden wird vom Reichspräsidenten ernannt. 6 Mitglieder müssen Mitglieder von Gerichten oder Verwaltungsgerichten sein; sie werden auch vom Reichspräsidenten ernannt. Zwei weitere werden je auf Vorschlag der Parteien vom Präsidenten des Reichsgerichts berufen. Der Antrag regelt weiter die Befugnisse des Sondergerichts und gibt gewisse Richtlinien für die Entscheidungen.

Unter anderem erhält ein Land danach regelmäßig zum Eigentum Theater, zur öffentlichen Besichtigung freigegebene Schlösser, Museen, Sammlungen, Parkanlagen. Ob dafür Entschädigung gegeben wird, richtet sich nach freiem Ermessen der Gerichte.

Bei Bemessung der den Fürstenhäusern zuzusprechenden Vermögensstücke, Kapitalien oder Renten ist die wirtschaftliche und finanzielle Lage beider Parteien zu berücksichtigen. Doch soll den Mitgliedern der vormals regierenden Häuser eine würdige Lebenshaltung gesichert werden.

Auch bereits abgeschlossene Auseinandersetzungen können binnen 6 Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes durch übereinstimmenden Antrag beider Parteien nochmals an das Sondergericht gebracht werden.

Das Sondergericht soll zunächst eine gütliche Einigung versuchen.

Der Gesetzentwurf bedarf als verfassungsänderndes einer Zweidrittelmehrheit, zu der die Zustimmung der Sozialdemokraten notwendig wäre. Seine Annahme ist daher äußerst unwahrscheinlich, zumal auch die demokratische Presse trotz Zustimmung der Demokratischen Partei zu dem Entwurf bereits gegen ihn Stellung zu nehmen beginnt.

*

Im Rechtsausschuß des Reichstages wurde das sogenannte Sperrgesetz, wonach alle schwebenden Prozesse über die Fürstenvermögen bis zum 30. Juni 1926 ausgesetzt werden sollen, mit 19 gegen 6 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen angenommen. Der Beschluß, auch die Nebenlinien einzubeziehen, wurde einstimmig wieder aufgehoben.

Da haben wir's!

Auch England gegen die Abrüstung.

Die Londoner „Morningpost" und „Times" bestätigen in Genfer Telegrammen, daß der Zusammentritt der Abrüstungskonferenz offiziell auf die dritte Maiwoche vorgeschlagen worden ist. Widersprüche gegen die Aufhebung des 15. Februar als Konferenzbeginn sind bis gestern von keiner der eingeladenen Regierungen geltend gemacht worden.

Im englischen Unterhaus erklärte der Premierminister Baldwin zur Abrüstungsfrage, da fünf Regierungen um Aufschub der vorbereitenden Konferenz ersucht hätten, sei Großbritannien verpflichtet, dem Wunsch der Mehrheit zuzustimmen.

Rußland sei zur Teilnahme an der Konferenz eingeladen worden und man hoffe, daß der Aufschub der Konferenz ihr Zeit geben werde, die Angelegenheit zu erwägen und seine Teilnahme an der Konferenz zu beschließen, da es tatsächlich für Westeuropa unmöglich sei, ohne die Mitwirkung Osteuropas einen praktischen Fortschritt in der Abrüstung zu machen.

*

Wir haben gestern vorausgesagt, daß England die Vertagung der Abrüstungsvorkonferenz und damit der Abrüstung nicht verhindern werde. Schon haben wir's! Die treuherzige Begründung, dem Wunsch der Mehrheit zustimmen zu müssen, ist wundervoll: als ob das stolze England sich je dem Wunsche der Mehrheit fügen würde, wenn es seinen eigenen Wünschen nicht entsprache und diente.

Diese echt englische Biedermeierei ist durchaus nichts neues. Aber was Baldwin über Rußland sagt, sollten unsere Völkerbundsillusionisten recht genau erwägen: ohne Abrüstung Osteuropas könne die Abrüstung Westeuropas „unmöglich einen praktischen Fortschritt machen". Damit ist erstens erklärt, daß Baldwin die Verpflichtung zur Abrüstung aus dem Versailler Vertrag als einen „Fetzen Papier" ansieht, der zu nichts verpflichtet, und daß Deutschlands Rechte und Forderungen ihm ganz gleichgültig sind. Weiter aber ist damit bestätigt, daß „Westeuropa" — einschließlich des durch Locarno an den Westen angeschlossenen Deutschland — in einem Gegensatz zu „Osteuropa" steht, der so ernst ist, daß es nicht abrüsten kann. Das ist nur ein anderer Ausdruck für: Westeuropa kann erst abrüsten, wenn Osteuropa gewaltsam abgerüstet, d. h. durch Krieg niedergeworfen ist. Denn daß Rußland nicht freiwillig abrüstet, weiß Baldwin so gut wie die Russen selber.

*

Die englische Arbeitspartei und Lloyd George als neuernannter Führer der englischen Liberalen übten an der Thronrede des Königs und an Baldwins Erklärungen starke Kritik. Lloyd George tat u. a. folgenden Ausspruch den wir Deutschen uns merken sollen:

„Locarno ohne Abrüstung sei eine hohlerne Falle mit sehr trügerischen Federn, die eines schönen Tages plötzlich zuschnappen könne."

Bolschewismus der englischen Bergarbeiter.

Der holländische „Courant" meldet aus London: Die Bolschewisierung der englischen Kohlenarbeiter ist durch die Beschlüsse der Gruben-arbeiter von Schottland und Wales nur noch eine Frage kurzer Zeit. Ende April werden die Unterstützungsbeiträge für den Kohlenbergbau verbraucht sein. Die Beschlüsse der Revisionskommissionen lauten einstimmig auf Uebernahme der Gruben in Staats- oder Arbeiterbesitz. Kommissionen werden überall eingesetzt, um die Uebernahme der Gruben durch die Arbeiter vorzubereiten.

Die Wahlrechtsreform hat gute Weile.

(Von unserem Berliner Vertreter.)

Die Wahlrechtsreform, die die Regierung Luther jetzt als unmittelbar bevorstehend angekündigt hat, ist gewissermaßen das innenpolitische Gegenstück zur Abrüstung. Statt Wahlrechtsreform könnte man auch „Abrüstung des Parlamentarismus" sagen.

Die Genfer Abrüstungskonferenz wird zunächst einmal auf unbestimmte Zeit vertagt. Wir befürchten, daß es mit der innenpolitischen Abrüstung genannt Wahlrechtsreform, ähnlich gehen wird. In Berlin erfuhren wir dazu folgendes:

Am Montag mittag hat sich der Kanzler erstmals mit Vertretern der Regierungsparteien über die neue Wahlreform unterhalten. Schon die unverbindliche Aussprache hat ergeben, daß es mit der erhofften Beschleunigung der Wahlvorlage gute Weile hat. Noch sind selbst innerhalb der Regierungsparteien die Wünsche und Anforderungen an die geplante Vorlage zu verschieden um ihr günstige Aussichten zu prophezeien.

Besonders lebhaft bestreiten die Demokraten, daß das gegenwärtige Wahlrecht eine Ueberspannung des demokratischen Prinzips enthalte und die eigentliche Schuld an den vielen Krisen der letzten Jahre trage. Einigkeit scheint in den Regierungsparteien nur abzuwalten hinsichtlich der Abänderung des Listenwahlrechts, das an die Stelle von Persönlichkeiten mehr oder weniger die Nummer gesetzt hat. Die neue Wahlrechtsvorlage geht dem Reichstag Anfang März zu, wenn die Etatsberatungen abgeschlossen sind und die Regierungsparteien zustimmen.

Aber die Durchdringung der Vorlage wird die Schwäche des Minderheitskabinetts Luther trotz beleuchten.

Es gibt auf der Welt keine politische Autorität ohne politischen Willen. Was für einen Willen, mit dem zu rechnen wäre, hat aber der Reichstag, der zu einem Drittel aus Ja-Sagern, zu einem Drittel aus Nein-Sagern und zu einem Drittel aus Nichts-Sagern bei der letzten Abstimmung bestanden hat?

Die Wahlrechtsvorlage wird die zweite Probe des neuen Kabinetts auf seine parlamentarische Donnerhaftigkeit sein. Darüber ist man in der Regierung selbst sich völlig klar. Aber außer den extremen Flügelparteien fürchten alle Parteien Neuwahlen in diesem Winter unseres Mißvergnügens und der trotz Börsenhause vorerst noch steigenden Not. Teuerung, zwei Millionen Arbeitslose, ebenjoviel teilweise Unterstützte, leere Parteikassen, alle Mittelparteien unter dem Zwange, ihre Parteigrundsätze im Interesse der Koalition zurückstellen zu müssen —, das ist nicht die Stimmung für eine erfolgreiche Wahlbewegung.

Um eine Neuwahl aber geht es auf jeden Fall: Wird die Wahlrechtsreform Dr. Luthers abgelehnt, so dürfte ihm schwerlich etwas anderes übrig bleiben, als zurückzutreten, um gegenüber seiner bindenden Zusage einer Wahlrechtsreform nicht als wortbrüchig zu erscheinen. Dann hätten wir also eine neue Regierungskrise, von der von vornherein klar ist, daß sie noch langwieriger und noch schwieriger lösbar als die eben überwundene wird, so daß sie aller Voraussicht nach Reichstagsauflösung und Neuwahlen nötig machen würde.

Es kann sein, daß die Sozialdemokraten und Demokraten, die mit der jetzigen Lösung unzufrieden sind, auf diese Krisis hinarbeiten, in der Hoffnung, dann ein reines Linkskabinett zu gewinnen. — Dr. Luther hat demgegenüber den Parteiführern bereits erklärt, daß er die Annahme der Reformvorlage im Wege gütlicher Verhandlung erhoffe; er scheint also die in ihr liegende Klippe einer neuen Regierungskrisis und Reichstagsauflösung vermeiden zu wollen.

Wird die Vorlage aber angenommen, dann wäre es widersinnig, den jetzigen Reichstag noch länger weiter bestehen zu lassen bis zum Ablauf seiner Wahlperiode. Denn die Erkenntnis, daß man mit dem jetzigen Reichstag weder richtig arbeiten noch den zunehmenden Widermillen des Volkes gegen den heutigen Parlamentarismus eindämmen kann, ist ja gerade der Grund dafür, daß die Vorlage so beschleunigt werden soll.

Also Annahme wie Ablehnung bedeutet aller Wahrscheinlichkeit nach Reichstagsauflösung und Neuwahl. Wir Nichtparlamentarier hoffen, daß die Neuwahl nach Annahme der Reform und also schon in zweckmäßigerer Weise als bisher erfolgt. Aber die Parlamentarier, soweit sie nicht völlig selbstlos sind (ein Idealzustand, den man bei 493 Menschen ohne jede Ausnahme nur schwer voraussehen kann), könnten umgekehrt wünschen, daß die Neuwahlen, wenn überhaupt, nach dem bisherigen Verfahren erfolgen; denn nur dann haben sie leidliche Aussichten, nach dem bewährten Turnus alle, oder doch fast alle, wieder in die vielbegehrte Stellung als Abgeordnete zurückzukehren.

Vermutlich wird der Interessengegensatz zwischen Dr. Luthers und der Parlamentarier Wünschen und der Abneigung der finanzknappen Parteien gegen jede Neuwahl dazu führen, daß die Wahlrechtsreform zwar schleunigst erörtert, aber so gründlich erörtert und mit soviel Neuanträgen, Ermittelungen, Ausschußberatungen pp. belastet wird, daß kein Mensch ein Ende absieht. Zu nichts ist ja das heutige parlamentarische Systeme so geeignet, wie dazu, die simpelsten Dinge in die Länge zu ziehen. Und hier, bei dieser Wahlreform hat man die wundervollsten Vorwände dafür, denn man kann dabei alle die groben Kegeln zum

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260204012/fragment/page=0001

demokratischen Prinzip, von den Errungenschaften der Revolution, na und so weiter ziehen.

Wir sehen daher ziemlich schwarz in dieser Frage der Verfassungsreform oder parlamentarischen Abrüstung und wollen nur hoffen, daß Dr. Luther oder der Reichspräsident ganz gehörigen Druck dahinterstehen, sonst werden wir sie nie erleben. Denn so leicht lassen sich die Parteien und Parlamente ihre heutige Stellung weder nehmen noch beschränken. Und das Volk hat ja, wenn es gewählt hat, nach dem heutigen System doch eigentlich kaum etwas zu sagen.

Die Streikgefahr bei der Reichsbahn.

Unser Berliner Vertreter schreibt uns:

Das Reichskabinett hat sich veranlaßt gesehen, in den Konflikt zwischen Reichsbahn und Eisenbahnern einzugreifen. Die Aufforderung des Reichsarbeitsministers an beide Parteien zu Verhandlungen, die kommenden Mittwoch beginnen sollen, ist auf eine Beschlußfassung durch das Kabinett zurückzuführen. Die Unzufriedenheit der Werkstättenarbeiter hat auch bereits auf die untere Beamtenschaft übergegriffen. In Lichtenberg erklärte sich gestern abend eine Versammlung von über 400 Beamten für die Unterstützung der Werkstättenarbeiter. Und die Berliner Transportarbeiter haben gestern in drei Versammlungen ihre Solidarität mit den Eisenbahnern im Falle eines Streiks erklärt. Die Berliner Verkehrsbetriebsangestellten wurden zu gleichen Solidaritätskundgebungen aufgefordert.

Die Lage ist also durchaus nicht ohne Gefahr. Und inzwischen setzt die internationale Leitung der sich immer noch Reichsbahn nennenden preußischen Eisenbahn den weiteren Abbau von Arbeitern und Beamten fort.

Wie wir erfahren, sind bei den verschiedenen Reichsbahndirektionen Kommissionen von der Reichsbahnhauptgesellschaft eingetroffen bzw. angekündigt, die einen weiteren Abbau vorbereiten soll. Die Zahl der zur Entlassung kommenden Betriebsbeamten und Arbeiter steht noch nicht fest. Es soll jedoch überall in möglichst schonender Weise vorgegangen werden und der Abbau durch Uebernahme in andere Arbeitsverhältnisse zu mildern versucht werden.

Die Unzufriedenheit der Werkstättenarbeiter der Reichsbahn hat auch bereits auf die untere Beamtenschaft übergegriffen. In Lichtenberg erklärte sich gestern abend eine Versammlung von über 400 Beamten für die Unterstützung der Werkstättenarbeiter. Und die Berliner Transportarbeiter haben gestern in drei Versammlungen ihre Solidarität mit den Eisenbahnern im Falle eines Streiks erklärt. Die Berliner Verkehrsbetriebsangestellten wurden zu gleichen Solidaritätskundgebungen aufgefordert.

*

Gegen die Personalpolitik der Reichsbahn.

Im Reichstag liegt jetzt der erste Teilbericht des Ausschusses zur Nachprüfung der Rechtsverhältnisse bei der Reichsbahn vor. Nach eingehenden Beratungen mit der Regierung im Unterausschuß und Verhandlungen mit der Reichsbahngesellschaft und dem Präsidenten des Verwaltungsrats der Deutschen Reichsbahngesellschaft, beantragt der Ausschuß zu beschließen daß die derzeitige Personalpolitik der Deutschen Reichsbahngesellschaft

nicht die Billigung des Reichstages

findet. Die Reichsregierung soll ferner ersucht werden, die Rechte der Beamten zu wahren, insbesondere den weiteren Massenabbau von Beamten und Arbeitern einzustellen.

Der Lohnkonflikt bei der Reichsbahn.

Wie mehrere Berliner Blätter melden, beschäftigte sich gestern der Vorstand des Gewerkschaftsringes mit dem Lohnkonflikt bei der Reichsbahngesellschaft und beschloß einstimmig, die übrigen gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen zu einer gemeinsamen Kundgebung gegen das Vorgehen der Reichsbahn aufzufordern, falls die neuen Verhandlungen zwischen den Vertretern der Eisenbahner und den Vertretern der Reichsbahn zu keiner Einigung führen sollten.

Das unterdrückte Deutschtum in Rumänien.

Der Völkerbund versagt wie immer.

Die rumänische Regierung hat gleichzeitig mit den Verhandlungen über die Kriegsschulden eine in englischer und französischer Sprache abgefaßte Denkschrift „Die Minoritätenfrage in Transsilvanien" verbreiten lassen. Sie ist offenbar als Antwort auf die Denkschrift der Vertreter der amerikanischen Kirchen gedacht, die im vergangenen Jahre über das nationale und religiöse Minderheitsproblem in Siebenbürgen in englischer Sprache veröffentlicht wurde. Die von den Vertretern der amerikanischen Kirche erhobenen schweren Anwürfe gegen die Minoritätenpolitik der Bukarester Regierung soll durch diese Denkschrift entkräftet werden.

Nunmehr antworten die Organe der deutschen und ungarischen Minoritäten in Siebenbürgen auf diese Propagandaschrift der Regierung und sagen, es scheine, daß die Bukarester Regierung endlich zur Erkenntnis gekommen wäre, daß es sich hier um ein Weltproblem handle, das nicht mit Schiebungen innerpolitischer Natur und mit faulwesen Arrangements aus der Welt geschafft werden könne.

Die deutschen Minderheiten haben zu den staatlichen Umwälzungen des Jahres 1918 in der Anschlußerklärung von Mediasch klar Stellung genommen und es ist bisher kein Abweichen von dieser offiziellen Volkspolitik zu verzeichnen. Das Deutschtum Siebenbürgens habe vielmehr positiv an der Schaffung des großrumänischen Staates dadurch mitgewirkt, daß die drei anderen deutschen Siedlungsgebiete, das Banat, die Bukowina und Bessarabien, durch das Band der Volksgemeinschaft enger an die völkische und geographische siebenbürgische Zentralstellung geknüpft wurden. Auch das Magyarentum Siebenbürgens habe sich sehr rasch von der inneren Einstellung eines herrschenden Staatsvolkes auf eine kleine Minderheit umgestellen gewußt. Aber eine langsame aber stetig anwachsende innere Entfremdung zwischen Staatsleitung und Minderheiten in Rumänien sei unverkennbar.

Die vollständig verfehlte Behandlung des Minderheitenproblems habe die Beschwerdeschrift der ungarischen Kolonisten an den Völkerbund, sowie die Denkschrift der amerikanischen Kirchen zur Folge gehabt. Die Schul- und Agrarpolitik beweise, daß nationale Vergesinnungsucht für angeblich von den heutigen Minderheiten in früheren Jahrzehnten oder Jahrhunderten begangene Verfehlungen vorantreibende Kraft sei. 5000 deutsche Schulkinder wurden kürzlich in der Bukowina ihrer Schulen beraubt, es sei ein System der schlimmsten Sorte nationaler Vergeltungspolitik, wenn die Agrarfrage aus einer sozialen Frage zu einer der nationalen Eroberung gemacht werde.

Daß der Völkerbundrat im September und Dezember 1925 die Beschwerdeschrift der Kolonisten nicht zum Anlaß einer grundsätzlichen Entscheidung genommen, sondern einen Ausgleich gesucht habe, beweise, daß eine solche Entscheidung für die rumänische Regierung katastrophal ausgegangen wäre. Die freiwillig gewährte Entschädigung der Kolonisten mit 700 000 Goldkronen zeige, daß die Bukarester Regierung in Minoritätenfragen durchaus kein reines Gewissen habe. Das Verhalten des Völkerbundrates aber habe, wenn es auch begreiflich sei, nur zu einer weiteren Verschärfung der Gefühlskrise der Minderheiten in Rumänien geführt, die zu Hause unter einer Ausnahmegesetzgebung stehen und vor dem Völkerbundrate mit faulen Kompromissen abgefertigt werden.

Es wird schließlich erklärt, daß man in Bukarest auf die Dauer die 30 Proz. Minderheiten der Gesamtbevölkerung Großrumäniens angesichts der kulturellen und wirtschaftlichen Kraft eben dieser 30 Proz. nicht übersehen werden könne. Eine Umkehr in der Minoritätenpolitik werde im Interesse des Gesamtstaates so rasch als möglich zu erfolgen haben.

Der Reichstagsausschuß gab ferner einmütig der Auffassung Ausdruck, daß die Streitigkeiten über die Arbeitsbedingungen der Eisenbahnarbeiter lediglich im Wege der Schlichtungsverfahren zu erledigen seien, daß die Verbindlichkeitserklärung nicht durch die Reichsregierung, sondern durch den Reichsarbeitsminister aus der Instanz des Schlichtungswesens zu erfolgen hat das es sich im vorliegenden Falle also nicht um einen Streitfall zwischen der Reichsregierung und der Reichsbahngesellschaft handele und daher auch eine Zuständigkeit des im Reichsbahngesetz vorgesehenen besonderen Reichsbahngerichts nicht gegeben sei.

Zum Haushalt des Auswärtigen Amtes.

Im Haushaltsausschuß des Reichstages empfahl gestern bei der fortgesetzten Beratung des Etats des Auswärtigen Amts Reichsaußenminister Dr. Stresemann u. a. den Wiederaufbau der früheren deutschen Generalkonsulate, was den Wünschen des deutschen Handels und der Industrie entsprechen würde.

Staatssekretär v. Schubert machte vertrauliche Ausführungen bezüglich der französischen Fremdenlegion und erklärte, daß die deutschen Behörden selbstverständlich der Werbetätigkeit der Fremdenlegion mit allen gesetzlichen Mitteln entgegentreten. Bei der Besprechung über die Reichszentrale für Heimatdienst beantragten die Deutschnationalen, 500 000 Mark von der Position für die Zentrale abzustreichen. Der Kommunist Stoecker und der Deutschvölkische v. Graefe wünschten völlige Beseitigung. Nachdem die Abgeordneten D. Dr. Schreiber (Ztr.) und Freiherr v. Rheinbaben (DVP.) sich für die Erhaltung der Reichszentrale verwandt hatten, wurde der deutschnationale Antrag abgelehnt. Ferner wurde ein kommunistischer Antrag auf Streichung der Kosten für den deutschen Botschafter beim Vatikan abgelehnt. Auf die Anfrage, wie viele

deutsche Kriegsgefangene in Frankreich und Rußland

noch zurückgehalten werden, erwiderte Staatssekretär v. Schubert, daß in französischen Händen nur noch ein Kriegsgefangener namens Hoppe sich befinde, der wegen Raubmordes an zwei Zivilisten zum Tode verurteilt sei und, zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt seine Strafe in Cayenne verbüße. Ein neues Gnadengesuch der Mutter Hoppes werde der französischen Regierung befürwortend weitergegeben werden. Die Gerüchte, daß noch weitere Kriegsgefangene in Frankreich zurückgehalten würden, erklären sich aus der großen Zahl der Vermißten und aus dem Umstand, daß Betrüger sich anheischig machten, Nachrichten über solche zu vermitteln. Die Zahl der noch in Rußland befindlichen deutschen Kriegsgefangenen habe sich noch nicht vollkommen feststellen lassen, aber es seien alle Maßnahmen getroffen, um sie zu ermitteln und heimzuschaffen, wobei die Sowjetbehörden bereitwilligst Unterstützung gewährten. Aber eine ganze Anzahl deutscher Kriegsgefangener in Rußland wollten selbst trotz dringender Bitten ihrer Angehörigen von der Heimschaffungsmöglichkeit auf Kosten des Reiches keinen Gebrauch machen, also freiwillig in Rußland bleiben. Unfreiwillig sei kaum noch ein Kriegsgefangener in Rußland.

Die sozialistischen Gewerkschaften haben dem Reichskabinett eine Eingabe zugestellt, die auf die immer noch fortschreitende Teuerung hinweist und radikale Maßnahmen der Reichsregierung gegen die Verelendung der Massen als einziges Mittel bezeichnet, um Schlimmeres zu verhüten. — Die Antwort liegt in der gestern wiedergegebenen Erklärung der nationalen Gewerkschaft deutscher Eisenbahner. Schuld an der Teuerung sind vor allem die Dawes-lasten und schuld an den Dawes-lasten vor allem die roten Gewerkschaften, die ihre Schuld jetzt auf andere schieben wollen.

Preußische 150-Millionen-Anleihe.

Im Preußischen Landtag wurde gestern die Aufnahme der staatlichen 150-Millionen-Anleihe einstimmig gebilligt. Es wurde aber beschlossen, einen Zwölfer-Ausschuß aus allen Fraktionen zu bilden, der dauernd und vollständig über die wirtschaftliche Betätigung des Staates und der ihm eigenen Unternehmungen unterrichtet werden soll. Nach der angenommenen Vorlage soll auch unverzüglich zum

Ankauf von Domänen

ein Betrag von 7 Millionen RM. zur Verfügung gestellt werden, der insbesondere für die westlichen Landesteile und Schleswig-Holstein Verwendung finden soll. Dies unterrichtete Finanzminister Dr. Höpker-Aschoff und betonte, daß die staatliche Mitwirkung auf dem Gebiete der Energiewirtschaft keineswegs zu einem Monopol ausarten solle, sondern daß vielmehr das ganze Land mit billigerem Strom versorgt werden soll. Der Minister wies dann noch auf die Notwendigkeit der Erweiterung der Häfen von Wesermünde, Emden und Stettin hin, für die nunmehr auch Anleihemittel bewilligt sind.

*

Wir können nur wiederholen, was wir zu der 150-Millionen-Anleihe bereits einmal ausgeführt haben: Die jetzige Zukimmung zur Anleihe mag nach der bisherigen Politik unvermeidlich gewesen sein, aber diese Politik selbst ist falsch. Es ist ein völliger Widersinn, daß der Staat durch seine Steuerpolitik erst die landwirtschaftlichen und industriellen Betriebe ruiniert und sie dann aufkauft, angeblich um billiger zu liefern. Es ist erwiesen, daß die Staatsbetriebe nicht billiger, sondern teurer arbeiten als die Privatbetriebe. Und wenn z. B. billigerer elektrischer Strom versprochen wird, so ist das irreführend: wenn wirklich billiger geliefert werden kann, so liegt das daran, daß die Staatsbetriebe steuerfrei sind. Die Verbilligung muß der Staatsbürger also auf der anderen Seite mit höheren Steuern bezahlen, durch die der Ausfall der Steuerleistungen der bisherigen privaten und jetzt staatlichen Betriebe gedeckt werden muß. Und die Anleihezinsen müssen ebenfalls durch weitere Steuern aufgebracht werden.

Das Ganze dient nicht dem Vorteil der Volksgesamtheit, sondern ist Durchführung der marxistischen Sozialisierungsideen auf Kosten der Gesamtheit.

*

Der preußische Staat hat die Aktienmajorität der Braunkohlenindustrie-Aktiengesellschaft „Zukunft (Biag) erworben. Für den Ankauf waren elektrowirtschaftliche Beweggründe bestimmend. Die „Biag" betreibt in Weiswieiler (Bezirk Aachen), gestützt auf einen beträchtlichen Kohlenfelderbesitz, in wärmewirtschaftlicher Verbindung mit ihrer Brikettfabrikation ein Braunkohlenkraftwerk von 42 000 Kilowatt.

Der Vorsitzende des amerikanischen Arbeiterbundes, William Green, bezeichnet in einem Rundschreiben den Kommunismus und Faschismus als Giftzähne, die das gleiche Gift enthalten. Das Rundschreiben fordert die amerikanischen Gewerkschaftler auf, gegen den Faschismus ebenso entschlossen Stellung zu nehmen wie gegen den Kommunismus.

*

Während des Krieges hatten die Vereinigten Staaten einen Kredit von 50 Millionen Dollar für Griechenland bewilligt, wovon aber nur 15 Millionen tatsächlich vorgestreckt wurden. Das Schatzamt erklärte nunmehr, es stehe der griechischen Anregung, daß der Rest des Kredits jetzt noch gewährt werden solle, nicht günstig gegenüber.

Der amerikanische Justizsekretär erklärte, daß vom 1. Juli 1925 bis 1. Januar 1926 24 ausländische Schiffe, die verbotene alkoholische Getränke geladen hatten, beschlagnahmt worden sind; darunter waren 20 englischer Herkunft, zwei aus Kuba und zwei aus Frankreich. — Bekanntlich wurde kürzlich von der englischen Presse in den Vereinigten Staaten gegen die deutsche Schiffahrt geheizt, die angeblich die Hauptbeteiligte an dem Alkoholschmuggel sei!

*

Wie aus Schanghai berichtet wird, scheint ein Bündnis zwischen Wupeifu und Tschangtsolin Wirklichkeit zu werden. — Beide gelten als Vertreter englischer Interessen.

Im Schatten seines Bruders.

Zu Carl Hauptmanns 5. Todestag — 4. Februar.

Von Dr. phil. Johannes Ernst.

Es ist schlimm, der Sohn eines großen Mannes zu sein, und nicht minder schlimm ist es, der Bruder eines großen Mannes zu sein: dieser Gedanke kommt einem immer wieder, wenn man an Carl Hauptmann denkt. Er hat stets im Schatten gestanden. Da erfüllt wohl die Nachwelt eine Ehrenpflicht, wenn sie ihm einen Kranz auf das Grab legt.

Als er, der ältere Bruder Gerharts — beide wurden in dem bekannten schlesischen Badeort Salzbrunn geboren, er 1858, Gerhart 1862 — in die größere Oeffentlichkeit trat, war jener schon ein berühmter Mann. Carls erste Dramen waren „Marianne" 1894, dann ein Jahr später „Die Waldleute" und 1898 „Ephraims Breite". Nur das letztere fesselte und hatte Erfolg. Jedoch selbst bei diesem fehlten nicht Stimmen, die ihm „wohlmeinend" rieten, er täte besser, zu seinen naturwissenschaftlich-philosophischen Studien und Arbeiten zurückzukehren, worin er doch recht gut bewandert scheine, wie sein Buch „Die Metaphysik in der modernen Physiologie" zeige. Man versteht heute solche Kritiken, da jene Zeit ganz im Bann des Naturalismus lag, nicht blos seines Bruders, sondern der Richtung überhaupt, und er war nichts weniger als Naturalist. Immerhin fehlte ihm das, was dem Drama erst zum wirklichen Erfolg verhilft, die Macht über das Wort und die Kraft der Gestaltung — dazu war er viel zu sehr Philosoph. Einen gewissen Erfolg hatte dann später (1901) noch seine „Bergschmiede". Wenigstens insofern, als sie den Volksschillerpreis erhielt; über viele Bühnen ist sie nicht gegangen. Das gilt auch von seinem „Tobias Buntschuh" (1916), und als man nach seinem Tode das im Leben ihm gegenüber Versäumte wieder gutmachen wollte und sein Jugenddrama „Der abtrünnige Zar" und gar sein Idealdrama „Moses" der Vergessenheit entreißen wollte, war es ein verunglücktes Unterfangen so sehr sich gute Kräfte wie die Berliner Volksbühne am Bülowplatz dafür mühten.

Der Dramatiker Carl Hauptmann wird also wohl stets im Hintergrund bleiben. Aber anders steht es um den Erzähler. Carl Hauptmann ist ein geradezu bedeutender Epiker, der Menschen und Natur, besonders die seiner schlesischen Heimat zu zeichnen versteht. Die Menschen — es sind fast alle arme, kleine Leute aus den schlesischen Dörfern — stehen in ihrer Unmittelbarkeit, in ihrer Schlichtheit, ihrer Herbheit außerordentlich plastisch da; er ist Realist und geht in die Tiefen, aber sein goldiges Herz bringt Sonne über ihre Schwächen; wir nehmen selbst ein bischen Stehlen und Siebtiben mit Lächeln in den Kauf. Und ebenso plastisch steht die Natur da. Sein Dorf, seine Landschaft leben, sie sind reich an Farben und Tönen, und Farbe und Ton haben wieder ganz seine Nüancierungen. Der Zauber des Tages, das Dämmern der Nacht, das Toben des Schneesturms sind wunderbar herausgearbeitet und wirklich fühlbar. Dauernden Wert werden Bücher wie „Die Hütten am Hange", das Idyllenbüchlein „Miniaturen" und vor allem der Roman „Mathilde, Zeichnungen aus dem Leben einer armen Frau" behalten. Mathilde, diese starke, tüchtige Frauenseele, diese tapfere Trägerin ihres Geschicks, die aus traurigsten Verhältnissen hervorgegangen, zwischen Schmutz und Schande aufgewachsen, der Verführung verfällt und doch rein bleibt in ihrer Liebe zum Kinde; die schließlich den wilden und tollen und stets trunkenen Schlosser heiratet und doch groß bleibt, denn im nüchternen Zustand sieht er zu ihr auf „wie zu der Gottesmutter". Gut ist ihm auch gelungen der zweibändige Roman „Einhart, der Lächler", der von den anderen abweicht, indem er in ein anderes Leben, in ein anderes Milieu führt, in ein vornehmes Haus und das Leben eines Künstlers, dem das Leben die größte Kunst ist, und der, weil er über alle Not und alle Schläge hinweggekommen ist, lächeln kann, lächeln noch im Tod. Es tritt hier nur ein bischen stark der Philosoph heraus. Am meisten Verbreitung hat wohl sein „Rübezahlbuch" gefunden; es ist geradezu volkstümlich geworden. Und einen großen innerlichen Reichtum strahlt sein Buch, Aphorismen und Gedichte „Aus meinem Tagebuch" (1899) aus.

Gedichte! Es sind nicht viele und vielleicht gerade deshalb das beste, das er schrieb. Carl Hauptmann war vor allem Lyriker; ein Lyriker von Gottes Gnaden. Leise, zarte Innigkeit, reine, weiche Stimmung, schlichte, prunklose Verse machen ihn dazu.

„Einmal schien die Welt
Die so weit, so weit.
Einmal schien die Stunde
Dir wie Ewigkeit.
Einmal schien das Leben
Sonnig, überreich.
Einmal däuchtest Du
Dich den Göttern gleich.

Aber einmal muß
Die Sonne trüber sein.
Einmal geht der Weg
Dir enger ein.
Einmal schreitest Du
Nur sorglich Schritt um Schritt;
Einmal schreitet
Ein Begleiter mit.

Richte deinen Blick
Dann unverwandt
Auf ein blumiges
Gräbergartenland.
Einmal wirst du
Unter Erd und Rosen liegen;
Einmal wird dein Sein
Wie Hauch verfliegen."

Das Lukas-Evangelium als behördlicher Heftstreifen.

In einem Urkundenband des Bensheimer Stadtarchivs wurden durch Zufall Bruchstücke einer handschriftlichen deutschen Uebersetzung des Neuen Testaments aus dem 14. Jahrhundert gefunden, die als Heftstreifen zum Aufheften der städtischen Urkunden benutzt worden waren. Es handelt sich um einen Abschnitt aus dem Lukas-Evangelium. Unter den bisher bekannten Evangelien-Uebersetzungen stellt das Bensheimer Fragment die älteste dar. Man nimmt an, daß die Ueberlieferung im Kloster Lorsch entstanden ist.

Tuberkulose-Bekämpfung in Frankreich.

Nach einem Bericht des Prof. Calmette vor der Pariser Akademie der Medizin über die Ergebnisse, die er und andere Aerzte des Instituts Pasteur bisher mit dem von ihm hergestellten Tuberkulose-Heilmittel, das die Bezeichnung „B. C. G." trägt, erzielt haben, ist von den ersten Halbjahr 1922 damit im Alter von 3—10 Tagen behandelten 178 Säuglingen, die sämtlich tuberkulosekranken Familien angehörten, kein Kind an Tuberkulose erkrankt. Vom 1. Juli 1924 bis zum 1. Juni 1925 wurden 2 070 von tuberkulösen Eltern abstammende Kinder erfolgreich mit diesem Mittel behandelt. Keines von diesen Kindern ist gestorben, obwohl sie weiterhin bei ihren Eltern wohnen blieben, während man sonst auf Grund der entsprechenden Statistiken festgestellt hat, daß alljährlich in Paris 22,6 Prozent und im übrigen Frankreich durchschnittlich 24 Proz. der von tuberkulösen Eltern abstammenden Kinder sterben. Das Mittel Calmettes wird den Säuglingen zwischen dem 3. und dem 10. Tage nach ihrer Geburt in drei Dosen, mit je 48 Stunden Zwischenraum, in etwas Milch eingegeben.

Stockholm: Vortrag Max v. Schillings.

Professor Max v. Schillings spricht am 4. Febr. in der deutsch-schwedischen Vereinigung in Stockholm über das Thema „Erlebtes und Ersttebtes". Dem Vortrage, in dem v. Schillings seine eigenen Erlebnisse auf musikalischem Gebiete, seine Stellung zu den bemerkenswertesten musikalischen Zeitströmungen und die Stellung der führenden Musikdörfer zueinander vom künstlerischen Standpunkte beleuchten wird, sieht man in der schwedischen Hauptstadt mit großem Interesse entgegen. Die Stockholmer Tageszeitungen bringen aus Anlaß des bevorstehenden Besuches v. Schillings dessen Bild und eine eingehendere Lebensbeschreibung, und bezeichnen hierbei Schillings als eine der vornehmsten Musikautoritäten und Kulturpersönlichkeiten des modernen Deutschland.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-848334-19260204012/fragment/page=0002